

Dierkes, Meinolf

Article — Digitized Version

Mehr Spielraum durch mehr Transparenz

Wirtschaftswoche: das Nachrichtenmagazin für die Wirtschaft. Pflichtblatt der Frankfurter Wertpapierbörse

Provided in Cooperation with:

WZB Berlin Social Science Center

Suggested Citation: Dierkes, Meinolf (1985) : Mehr Spielraum durch mehr Transparenz, Wirtschaftswoche: das Nachrichtenmagazin für die Wirtschaft. Pflichtblatt der Frankfurter Wertpapierbörse, ISSN 0042-8582, Verlag Handelsblatt, Frankfurt a. M., Vol. 39, Iss. 40, pp. 52-

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/112138>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



WZB-Open Access Digitalisate

WZB-Open Access digital copies

Das nachfolgende Dokument wurde zum Zweck der kostenfreien Onlinebereitstellung digitalisiert am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH (WZB). Das WZB verfügt über die entsprechenden Nutzungsrechte. Sollten Sie sich durch die Onlineveröffentlichung des Dokuments wider Erwarten dennoch in Ihren Rechten verletzt sehen, kontaktieren Sie bitte das WZB postalisch oder per E-Mail:

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH
Bibliothek und wissenschaftliche Information
Reichpietschufer 50
D-10785 Berlin
E-Mail: bibliothek@wzb.eu

The following document was digitized at the Berlin Social Science Center (WZB) in order to make it publicly available online.

The WZB has the corresponding rights of use. If, against all possibility, you consider your rights to be violated by the online publication of this document, please contact the WZB by sending a letter or an e-mail to:

Berlin Social Science Center (WZB)
Library and Scientific Information
Reichpietschufer 50
D-10785 Berlin
e-mail: bibliothek@wzb.eu

Digitalisierung und Bereitstellung dieser Publikation erfolgten im Rahmen des Retrodigitalisierungsprojektes **OA 1000+**. Weitere Informationen zum Projekt und eine Liste der ca. 1 500 digitalisierten Texte sind unter <http://www.wzb.eu/de/bibliothek/serviceangebote/open-access/oa-1000> verfügbar.

This text was digitizing and published online as part of the digitizing-project **OA 1000+**. More about the project as well as a list of all the digitized documents (ca. 1 500) can be found at <http://www.wzb.eu/en/library/services/open-access/oa-1000>.

Technischer Fortschritt und wirtschaftliches Wachstum waren in der Vergangenheit vielfach mit großen sozialen und ökologischen Belastungen verbunden. Diese systematisch und umfassend zu verringern und gleichzeitig die Chancen, die neue technologische Entwicklungen bieten, so zu nutzen, daß die von ihnen ausgehenden Risiken möglichst niedrig bleiben, ist eine zentrale Aufgabe, die von Staat und Unternehmen nur gemeinsam und in sinnvoller Arbeitsteilung gelöst werden kann.

In den vergangenen Jahrzehnten wurde jedoch versucht, diese Probleme in erster Linie durch staatliche Initiative, nämlich durch eine Vielzahl von Vorschriften und Gesetzen, Geboten und Verboten zu bewältigen. Interpretationen dieser Vorschriften, die Berücksichtigung von Sondersituationen und eine damit verbundene wachsende Zahl von Gerichtsentscheidungen bewirkten letztlich eine immer stärkere Regulierung der gesamten wirtschaftlichen Tätigkeit.

Bereits 1978 stellte daher Hans L. Merkle auf dem Internationalen Managementsymposium in St. Gallen in klarer Erkenntnis der Nachteile einer solchen Entwicklung fest: „Der Staat engt den Spielraum der Wirtschaft immer mehr ein, er interveniert immer mehr selbst, erwartet aber die Kooperation der Wirtschaft bei der Lösung seiner Probleme. Die Frage ist, ob dieser Bodengewinn des Staates . . . ein Gewinn für das Ganze ist.“ Merkle forderte schon damals unmißverständlich eine Umkehr dieser Entwicklung, nämlich die Erweiterung des Spielraums für die Wirtschaft. Er verlangte allerdings zugleich deren Bereitschaft, wirtschaftliche Ziele nicht allein zur Befriedigung partieller Bedürfnisse zu verfolgen, sondern diese den Interessen des Gemeinwohls unterzuordnen.

Entbürokratisierung in diesem Sinne – Rückzug des Staates auf seine wesentlichen Aufgaben und mehr Freiheit für die Wirtschaft – bedeutet, einen unseren heutigen Kenntnissen und Zielen entsprechenden Schutz von Mensch und Umwelt in den verschiedensten Lebensbereichen mit einem Minimum an staatlichen Vorschriften zu verwirklichen. Bei den zunehmend als Alternativen zu detaillierten staatlichen Eingriffen diskutierten Konzepten sollte – neben den heute vielfach gerade im Hinblick auf den Umweltschutz in den Vordergrund gerückten ökonomischen Instrumenten



Mehr Spielraum durch mehr Transparenz

Von Meinolf Dierkes

wie Abgaben, Gebühren und Zertifikate – auch ein sehr traditionelles und marktwirtschaftliches Instrument der Kontrolle wirtschaftlicher Tätigkeit wieder in Erinnerung gebracht werden: Transparenz und Publizität.

Unternehmen sollten – verknüpft man diese Vorstellungen mit den Forderungen von Merkle – den durch Entbürokratisierung erhöhten Freiheitsspielraum nur dann erhalten, wenn sie in freier Entscheidung der Mittel und Wege auch ohne staatliche Detailvorschriften Anstrengungen unternehmen, gefährliche Belastungen durch Produkte und Produktionsprozesse weiter zu reduzieren. Daß – und in welchem Ausmaß – sie das tun, sollte durch eine Erweiterung der Unternehmenspublizität für jeden sichtbar gemacht werden. Experimente innovativer Unternehmen auf dem Gebiet der gesellschaftsbezogenen Berichterstattung machen deutlich, daß Publizität ein sinnvolles Instrument ist, um auf Gesellschaft und Umwelt bezogene Aktivitäten von Unternehmen – inhaltlich und methodisch geprüft wie Ge-

schäftsbericht, Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung – jedem Interessierten zu vermitteln.

Dieser Gedanke, eine systematische Entbürokratisierung mit der Forderung nach einer Ausweitung der Unternehmenspublizität zu verbinden, ist nun keineswegs so neu, wie er scheinen mag. Schon einmal, bei der Schaffung des Rechts der Aktiengesellschaft in den siebziger Jahren des vorigen Jahrhunderts, stand die Wirtschaft vor der Wahl: staatliche Aufsicht oder mehr Publizität. Damals hat sie die Erweiterung der Publizität akzeptiert, auch wenn viele der damit verbundenen Fragen weit weniger geklärt waren als heute, wenn eine Erweiterung der Unternehmensberichterstattung um Bereiche wie Umweltschutz, Arbeitssicherheit oder Verbraucherschutz zur Diskussion steht. Die wirtschaftliche Prosperität der folgenden Jahrzehnte dürfte nicht unerheblich durch diesen neu gewonnenen Spielraum bei gleichzeitig höherer Transparenz der unternehmerischen Handlungen und Entscheidungen beeinflußt gewesen sein.

Selbstverständlich gibt es Bereiche, in denen dieses Prinzip nicht oder nur eingeschränkt angewandt werden kann. Dies gilt zum Beispiel bei Fragen der Arzneimittelzulassung oder bei Sicherheitsbestimmungen in hochkomplexen technischen Bereichen; in solchen Fällen dürften detaillierte Regelungen durch den Staat weiterhin der sinnvollste Weg sein, möglichen und faktischen Risiken vorzubeugen. In vielen Handlungsfeldern, in denen heute der Staat durch eine unüberschaubare Flut von Vorschriften eingreift, kann jedoch der Spielraum der Wirtschaft ohne Einbußen an Sicherheit vergrößert werden, wenn sich die Unternehmen bereit fänden, umfassend Auskunft darüber zu geben, was sie für die Verbesserung von Umwelt und Lebensbedingungen mit welchen Erfolgen getan haben.

In diesem Sinne ist die Wirtschaft aufgefordert, die von Wissenschaft und Praxis entwickelten Konzepte einer Erweiterung der Unternehmenspublizität zu prüfen und konkrete nächste Schritte vorzuschlagen, auf deren Grundlage der Staat ihren Handlungsrahmen ausweiten könnte. Die Umsetzung der EG-Bilanzrichtlinie in nationales Recht wäre ein sinnvoller Ansatzpunkt für eine solche Konkretisierung der ansonsten weitgehend in Rhetorik verharrenden Diskussion um Entbürokratisierung.

* Professor Dr. Meinolf Dierkes ist Präsident des Wissenschaftszentrums Berlin.